

Bürger können Kali-Akten bald studieren

K+S stellt Mittwoch Antrag / Unterlagen ab 9. März einsehbar / Keine längere Frist für Anlieger-Einwände



Noch arbeiten André Thureau und Joachim Lodzig im Bergwerk Sigmundshall bei Wunstorf – in ein paar Jahren könnten sie in Giesen in die Tiefe fahren.

Foto: dpa

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN. Die letzte Etappe zu einer möglichen Wiederaufnahme des Kali-Bergbaus bei Giesen beginnt: Am morgigen Mittwoch will der Kasseler Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K + S) seinen Antrag beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) abgeben.

Damit beginnt offiziell das Genehmigungs-Verfahren für das Mega-Projekt im Nordkreis. Vom 9. März an haben Bürger einen Monat lang Gelegenheit, die umfangreichen Akten zu studieren. Einer Forderung aus Politik und Bevölkerung erteilte das LBEG gestern allerdings eine Absage: Eine längere Frist für Einwendungen soll es nicht geben. Damit haben Bürger nach dem Ende der öffentlichen Auslegung nur zwei Wochen Zeit, ihre Stellungnahmen zu Papier zu bringen. „Das ist unverrückbar“, erklärte LBEG-Sprecher Björn Völlmar auf Anfrage dieser Zeitung und verweist auf das Verwaltungsverfahrensgesetz, das der Behörde keine Wahl lasse. Eine Verlängerung hatte unter anderem die Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer in dieser Zeitung gefordert.

Folgende Gemeinden bezeichnet das LBEG als „direkt betroffen“: Giesen wegen der Wiederinbetriebnahme des Förderschachts Siegfried Giesen und dem Bau neuer Industrie- und Verwaltungsgebäude dort sowie wegen einer eventuellen zweiten Kalihalde und des Entlüftungs- und Materialschachts Fürstenhall bei Ahrbergen. Sarstedt wegen des Personalschachts an der Glückaufstraße. Nordstemmen wegen des Belüftungs-

schachts bei Barnten sowie Harsum wegen des Kalihafens am Stichkanal und zusammen mit Giesen auch wegen der Kalibahn.

Als möglicherweise betroffen nennt das LBEG zudem die Stadt Hildesheim, die Gemeinde Algermissen sowie die Stadt Pattensen – dort könne es zu „möglicherweise weitreichenden Einwirkungen“ durch Emissionen, Einleitung von Salzabwasser oder Veränderungen des Landschaftsbildes kommen. Alle diese Aspekte sollen im nun beginnenden Genehmigungs-Verfahren gegeneinander abgewogen werden.

Besondere Symbolkraft kommt dabei dem möglichen zweiten Kaliberg zu: K + S hält ihn für wirtschaftlich unverzichtbar, die örtliche Bürgerinitiative und Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) wollen ihn unbedingt vermeiden. Die juristische Prüfung eines möglichen Vorab-Verbots ist noch nicht abgeschlossen.

Vom 9. März bis zum 8. April liegen die Antrags-Unterlagen von K + S im kleinen Sitzungssaal des Giesener Rathauses öffentlich aus, und zwar montags, dienstags und freitags jeweils von 9 bis 12 Uhr und donnerstags von 15 bis 18 Uhr – insgesamt also zwölf Stunden pro Woche, wobei mit Karfreitag und Ostermontag noch zwei Tage innerhalb der Frist wegfallen. Auf der Homepage des LBEG (www.lbeg.niedersachsen.de) sind sie während der Frist allerdings rund um die Uhr abrufbar.

Anschließend können Bürger noch zwei Wochen lang Einwände vorbringen, sie können sie sowohl an die Gemeinde Giesen als auch an das LBEG in

Clausthal-Zellerfeld richten. Wie lange das Verfahren dauert, steht noch nicht fest. K + S hofft auf ein abschließendes Urteil des LBEG noch in diesem Jahr. Anfang 2016 will der Konzern entscheiden, ob er in Giesen wieder mit dem Ka-

liabbau beginnt oder nicht. In diesem Fall soll es dort 500 bis 700 neue Arbeitsplätze und Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe geben – aber eben auch Lärm- und Umweltbelastungen für die Region.

Ein Eigentor vor Spielbeginn

KOMMENTAR

VON
TAREK ABU AJAMIEH



Das Spiel hat noch gar nicht begonnen, da schießt das Land Niedersachsen schon das erste Eigentor. Dieses Kunststück fabriziert die Landesbehörde für Bergbau beim jetzt startenden Genehmigungs-Verfahren für die Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen. Vielfach haben Bürger und Politiker verschiedener Parteien gefordert, die Frist für Einwendungen von Bürgern zu verlängern. Ganze zwei Wochen haben die nach dem Ende der öffentlichen Auslegung noch Zeit zu reagieren. Rechnet man die Auslegung selbst dazu, sind es sechs Wochen. Doch mehrere Tage dürften allein dafür draufgehen, die umfangreichen Unterlagen zu studieren.

Die Bürger müssen dies aber in ihrer Freizeit tun, die meisten Anlieger sind schließlich berufstätig, haben Familie und womöglich noch andere Ehrenämter. Bei einer derart komplexen

Materie, bei der es um massive Auswirkungen auf Jahrzehnte geht, ist das zu wenig. Und trägt nicht dazu bei, das Vertrauen in das Genehmigungs-Verfahren zu stärken. Erst recht nicht, wenn gleichzeitig Behörden und Institutionen, die sich auf hauptberufliche Fachleute stützen können, drei Monate Zeit für ihre Einwände bekommen.

Der Neustart des Giesener Bergwerks ist ein Vorhaben ohne Beispiel in Niedersachsen, es ist das wohl größte Industrieprojekt im Landkreis in den vergangenen Jahrzehnten. Besondere Situationen erfordern besondere Reaktionen – oder eben eine besondere Flexibilität von staatlicher Seite. Sich nur hinter Paragraphen zu verstecken und eine Fristverlängerung für unmöglich zu erklären, obwohl die Zeit dafür locker da wäre, ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Giesen und Umgebung. Noch ist Zeit für einen Kurswechsel. Das Land sollte sie nutzen. Spätestens wenn K+S nichts dagegen hat, dürfte eine Verlängerung rechtlich doch wasserdicht sein.